Der Harz-Bote

„Der Harz-Bote" erscheint wöchentlich zweimal, Mittwoch und Sonnabend mittag. Druck und Verlag von B. Angerstein Nachf. (H. Paulus). Für die Redaktion verantwortlich H. Schlüter, Elbingeröde. — Fernruf Nr. 19.

Elbingeröder Zeitung

Abonnementspreis vierteljährl. Mark 12, durch die Post bezogen Mark 1.— ausschl. Bestellgeld. — Inserate kosten für die Stadt und das vormalige Amt Elbingeröde pro Zeile 40 Pfennig, nach auswärts Mark 1

Amtliches Blatt des Landratsamts Ilfeld für das vormalige Amt Elbingerode und für die Stadt Elbingerode

Nr. 44 — Sonnabend, den 3. Juni 1922 — 56. Jahrgang.

Amtliches

Bekanntmachung.

Betr. Stierkörung.

Die diesjährige Hauptkörung der Stiere findet für den hiesigen Kreis wie folgt statt:

1) am Montag, den 12. Juni d. Js.
in Niederschwerfen, Appenrode, Werna, Sülzhayn und Rothesütte
2) am Dienstag, den 13. Juni d. Jrs.
in Steigerthal, Urbach, Bösenrode und Leimbach.
3) am Mittwoch, den 14. Juni d. Jrs.
in Petersdorf, Rüdigsdorf, Crimderode, Harzungen, Neustadt Flekken und Gut. Osterode und Wiegersdorf und
4) am Donnerstag, den 15. Juni d. Js.
in Elbingerode, Elend, Königshof und Rothehütte.

Die Gemeindebehörden werden ersucht, von Vorstehendem die in Betracht kommenden Viehzüchter in Kenntnis zu setzen und dieselben anzuweisen, daß sie für eine ordnungsmäßige Vorführung der anzukörenden Tiere Sorge tragen.

Die Körungskommission wird in den einzelnen Gemeinden bei den Herren Bürgermeistern und Gemeindevorstehern vor Beginn des Körungsgeschäfts vorkommen.

Ilfeld, den 30. Mai 1922.

Der Landrat. Frhr. Quadt.

Bekanntmachung.

Nachtrag zu der Konzessionssteuerordnung für den Kreis Ilfeld vom 20. November 1906.

Auf Grund des Beschlusses des Kreistages vom 13. März 1922 wird gemäß § 6 des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes vom 23. April 1906 der folgende Nachtrag zu der obigen Ordnung erlassen:

Artikel 1.

1. Der § 2 der Ordnung vom 20. November 1906 bezw. der dazu erlassene Nachtrag vom 26 Mai 1920 erhält folgende Fassung:

Die Steuer beträgt, wenn die Genehmigung zur Errichtung einer neuen Brennerei oder einer neuen Kleinbrennerei erteilt ist: a. 2,400 Mark, wenn der Gewerbetreibende wegen geringen Erwerbes und Kapitals von der Gewerbesteuer frei ist b. 4,800 Mark, wenn der Gewerbetreibende in der 4. Gewerbesteuer-Klasse c. 9,600 Mark, wenn der Gewerbetreibende in der 3. Gewerbesteuer-Klasse d. 14 400 Mark, wenn der Gewerbetreibende in der 2. Gewerbesteuer-Klasse und e. 20 000 Mark, wenn der Gewerbetreibende in der 1. Gewerbesteuer-Klasse veranlagt ist.

2. Der § 3 der Ordnung erhält folgenden Zusatz: Die für die Uebernahme einer bestehenden Wirtschaft vorgesehene Ermäßigung der Steuer von 50% der unter 1 angeführten Steuersätze tritt bei folgenden Uebernahmen nicht ein, vielmehr wird eine Steuer erhoben a. bei Uebernahme innerhalb von 3 Jahren nach Erteilung der Erlaubnis an den Vorgänger bis zu 90%, b. bei Uebernahme innerhalb von 5 Jahren bis zu 80% c. bei innerhalb von 8 Jahren bis zu 70% und d. bei Uebernahme innerhalb von 10 Jahren bis zu 60%. Bei einer Bestehdauer von über 10 Jahren tritt die in § 3 vorgesehene Ermäßigung von 50% voll ein.

Artikel 2.

Diese Ordnung tritt mit dem Tage der Beschlußfassung in Kraft.

Ilfeld, den 13. März 1922.

Der Kreisausschuß des Kreises Ilfeld. gez. Frhr. Quadt.
Der Bezirksausschuß.
B. A I. G. 166. Hildesheim, den 29. März 1922

Genehmigt.

(L. S.) **Der Bezirksausschuß zu Hildesheim.** gez. Müller.

Infolge generieller Ermächtigung des Herrn Finanzministers und des Herrn Ministers des Innern erteile ich zu dem Beschlusse des Bezirksausschusses vorstehend vom 29. März d. Js., durch welchen der von dem Kreistage des Kreises Ilfeld am 13. März d. Js. beschlossene Nachtrag zur Schankerlaubnissteuerordnung genehmigt worden ist, die gesetzliche erforderliche Zustimmung.

Hannover, den 2. Mai 1922.

Der Oberpräsident. Im Auftrage: gez. Kriege.

Veröffentlicht mit dem Hinzufügen, daß das Landesfinanzamt Einspruch nicht erhoben hat. — Von den vereinnahmten Steuerbeträgen werden der betreffenden Gemeinde von hieraus in jedem Falle 20% überwiesen werden.

Ilfeld, den 15. Mai 1922.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
J. V: Magerhans Kreis-Ausschuß-Oberkeretär.

Bekanntmachung.

Wie wir vernehmen, scheinen noch immer Unklarheiten unter der Einwohnerschaft über die

Erhebung der Wohnungsbau-Abgabe

zu herrschen.

Trotz unserer Bekanntmachung im „Harz-Boten" Nr. 43 vom 31. Mai 1922 sehen wir uns daher veranlaßt, nochmals auf das Folgende hinzuweisen.

Der bisherige Satz der staatlichen und der gemeindlichen Abgabe ist durch Reichsgesetz mit Wirkung ab 1. 4. 1922 von je 50% des Nutzungswertes auf 25% ermäßigt worden. Beträgt also die staatl. Abgabe im Jahre 1921 50,— Mk, so sind für pro 1922 zu zahlen 5 mal 50 Mk. ist 250 Mk. Neben dieser gesetzlichen Abgabe kommt die gemeindliche Wohnungsbauabgabe zur Erhebung, die durch Beschluß des Kreistages vom 13. März d. Js. auf das Doppelte der gesetzlichen Abgabe, also auf 50% des Nutzungswertes erhöht worden ist. Es sind also für das Jahr 1922 an Wohnungsbau-Abgabe 750,— Mk. zu zahlen, wenn die staatl. Abgabe 1921. 50 Mk. betrug.

Jedem wie die Aufklärung geben, weisen wir ferner darauf hin, daß Anträge auf Erlaß der Abgabe, Beschwerden gegen die festgesetzte Abgabe usw. bei dem Katasteramt Wernigerode anzubringen sind. Aufklärung über die Wohnungsbau-Abgabe erteilt auch der Magistrat hier.

Mit der Einziehung der Wohnungsbau-Abgabe ist der Gemeindebote beauftragt worden.

Elbingerode, den 2. Juni 1922.

Der Magistrat: Stein.

Bekanntmachung.

Der hiesige **Standesamt** ist am 2. Feiertage vormittags von 11—12 Uhr geöffnet.

Elbingerode, den 3. Juni 1922.

Der Standesbeamte: Selke.

Lokales

und aus dem Harzgebiet.

Elbingerode, den 3. Juni 1922.

Die Gründung des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes.

Statt einer Pfingstbetrachtung sei berichtet über das wichtige Ereignis, von dem zu hoffen steht, daß ihm auch etwas von pfingstlicher Bedeutung inne wohnen möge. Am Himmelfahrtstage wurde der Deutsche Evangelische Kirchenbund begründet durch Unterzeichnung der Landesurkunde, durch die Bevollmächtigten sämtlicher Deutscher evang. Landeskirchen. Vorauf ging ein feierlicher Gottesdienst in der Schloßkirche. Durch die „Thesenfix", bekannt durch Luthers Thesenanschlag, war man eingegangen. Der Präsident der bayerischen Kirche, D. Veit, hielt die Festpredigt, die, sich stützend auf Matth. 28, 8. 20: „Siehe, ich bin bei euch alle Tage bis an der Welt Ende", ein eindrucksvolles Bekenntnis zum evangelischen Christentum war, das der tragende Grund für den Bund der evangelischen Kirchen sei. Keine künstliche Einheitskirche wolle man schaffen, aber in Jesu könne und wolle man sich finden in evangelischer Freiheit und Mannigfaltigkeit zu gemeinsamer Arbeit. Der Redner schloß: „In Jesu Namen wollen wir uns verbünden, arbeiten und streiten, lieben, dulden und hoffen, bis Er kommen wird, um alles in allem zu erfüllen".

Hierauf nahm der Vorsitzende des Kirchenausschusses, D. Möller, das Wort. Er inuerte daran, daß in diesem Augenblick von Tausenden evangelischer Kirchen die Glocken erklingen, um die Deutsche evangelische Christenheit aufzurufen zu gemeinsamer Fürbitte für den Wittenberger Werk. Er forderte auf, den Beitritt zum Kirchenbund feierlichst zu beurkunden. An einem altertümlichen Tisch, der aus Luthers Wohnzimmer stammt, wurde von den Kirchenvertretern das Protokoll unterzeichnet. Feierlich verkündete D. Möller: „Der Deutsche Evangelische Kirchenbund ist nunmehr rechtsgültig zum Abschluß gebracht." Seine Gründung hat stattgefunden an den Gräbern der Reformatoren. Darin liegt das Geloöbnis, festhalten zu wollen an ihrem Erbe. Jede Kirche soll selbständig bleiben in Bekenntnis, Verfassung, Verwaltung, treu ihrer Sonderart. Aber es gibt ein gemeinsames Erbe der Reformatoren; und dieses mit vereinten Kräften zu wahren, das ist die Aufgabe des Bundes. Möge er sie erfüllen, unserm Deutschen Volke zum Segen! A.

Abermalige Elternbeiratswahl in Elbingerode.

Die Wahl zum Elternbeirat der Volksschule glaubte die Elternschaft hinter sich zu haben. Daher war auch die von dem Rektor der hiesigen Volksschule am Mittwoch abend einberufene Versammlung zur Vorbereitung der Neuwahl recht schlecht besucht. Der Tatbestand ist der: Wie bekannt, war die — von der Schulbehörde 1920 verfügte — Zulassung der Eltern der Privatschüler (die einen Teil des Unterrichts in der Volksschule haben) zur Wahl von — einer Seite beanstandet. Dies führte nach der Wahl zu einem Protest. Die Regierung hat — in auffälligem Gegensatz zu der Stellungnahme von 1920 und ohne Begründung ihrer Meinungsänderung — dem Protest stattgegeben und die Eltern der Privatschüler als nicht wahlberechtigt erklärt. Obwohl bei der Wahl vom 19. März **nur** 14 solcher Eltern mitwählten, das Wahlergebnis (Liste Ehrt übertraf Liste Hartmann um 29 Stimmen) also nicht geändert worden wäre, ist zugleich Neuwahl verfügt worden. Diese findet bereits am Sonntag, den 11. Juni statt. Da die Zahl der Elternbeiratsmitglieder, wie verlautet, infolge verminderter Schülerzahl nur noch 9 betragen wird, ist jede Stimme wichtig. Eine einzige Stimme kann den Ausschlag geben. Mag mancher auch über die abermalige Wahl ungehalten sein — sie ist nun einmal verfügt und wird vor sich gehen. Darum darf er sich die abermalige „Mühe" des Wählens nicht verdrießen lassen.

— **Sängerfest.** Zu dem während der Pfingsttage in Ilfenburg stattfindenden Sängerfest, veranstaltet vom hiesigen Arbeiter-Männer-Gesang-Verein, werden zahlreiche Vereine aus der näheren und weiteren Umgebung erwartet. Sogar ein Berliner Gesang-Verein hat sein Erscheinen zugesagt. Was gibt es wohl schöneres, als zu den Pfingstfeiertagen in unsern Harzbergen zu verweilen? Diesem Umstand hat der Berliner Gesang-Verein Rechnung getragen und beschlossen, neben einer von Harzburg auslaufenden Harz-Wanderung an dem Sängerfest in Elbingerode teilzunehmen. Möge es den zahlreichen Gästen beschieden sein, im Harz einige Stunden innerster Erbauung zu finden. Darum: Herzlich willkommen!

— **Sportliches.** Gelegentlich einer Festlichkeit in Ilfenburg errang die Sportmannschaft der Ortsgruppe Elbingerode des A. R. Vereins „Frisch Auf" den 3. Preis im Schulreigenfahren.

— **Ein Bergarbeiterstreik im Harz.** Im Ober- und Unterharz hat sich, wie der amtlich Preußische Pressedienst mitteilt, ein Bergarbeiterstreik entwickelt. Seit Montag ruhen die fiskalischen Betriebe im Unterharz vollständig und auch im Oberharz arbeitete am Dienstag nur eine Berginspektion. Ueber die Zahl der Streikenden werden stark übertriebene Meldungen verbreitet. Ein Blatt spricht von 15 000 Oberharzer Bergarbeitern im Kampf. Im ganzen Oberharz kommen jedoch überhaupt nur etwa 3000 Bergarbeiter in Betracht und auch im Unterharz nur etwa 2—3000. Die Gesamtsumme der Streikenden kann also höchstens um 5000 herum liegen. Eine Anzahl von Vertretern der streikenden Bergarbeiter begab sich vorgestern mit Abgeordneten zusammen nach Berlin und hat die Bitte ausgesprochen, vom preußischen Handelsminister persönlich empfangen zu werden. Obwohl eigentliche Verhandlungen bei einem Streik kaum in Frage kommen dürften, hat sich Minister Siering trotzdem bereit erklärt, die Abordnung zu empfangen und sich wenigstens über ihre Forderungen zu informieren.

— **Ein Wahlergebnis.** Unterm 29. Mai wird aus Berlin berichtet: Die Elternbeiratswahlen, die gestern an 580 Gemeindeschulen und den Mittelschulen Groß-Berlins stattfanden, sind bei einer Wahlbeteiligung von 60 Prozent (gegen 45 Proz. vor 2 Jahren) ohne Zwischenfälle verlaufen. Bis zur Stunde liegt etwa 1/3 der Ergebnisse vor, aber schon nach diesen Ergebnissen kann man einen durchschlagenden Sieg der christlich-unpolitischen Liste verbürgen. Die Anhänger der weltlichen Schule haben überall Sitze verloren. Nach den vorliegenden Meldungen erhielten die Christlichen 1431, die Weltlichen 572 Sitze.

— Der § 140 Abs. 5 des Entwurfs für eine neue Preußische Landgemeindeordnung steht vor, daß in der Provinz Hannover durch Provinzialgesetz die Einführung der Landbürgermeisterverfassung überhaupt ausgesetzt werden kann. Diese Sondervorschrift ist mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse der Provinz Hannover angenommen worden, auch in der Erwägung, daß bei der durchschnittlich geringen Größe der Hannover'schen Kreise ein Bedürfnis für die Zerlegung in Landbürgermeistereien dort nicht in demselben Maße vorhanden ist, wie in den übrigen Provinzen.

— **Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer 1922.** Es wird erneut darauf hingewiesen, daß nach § 42. Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer in Höhe von einem Viertel der zuletzt festgesetzten Steuerschuld ohne besondere Aufforderung bis zum 15. Februar, 15 Mai, 15. August und 15. November zu leisten sind. Bis zur Zustellung des Steuerbescheids für das Rechnungsjahr 1921 sind daher die Vorauszahlungen für das Kalenderjahr 1922 in der Höhe zu leisten, die auf dem Steuerbescheide für das Rechnungsjahr 1920 angegeben ist. Beträgt das Einkommen nur aus Gehalt oder Lohn und übersteigt es den Betrag von 50 000 Mk. nicht, so gilt die Einkommensteuer als getilgt, wenn der Steuerabzug von dem Arbeitgeber vorschriftsmäßig einbehalten ist, und für den einbehaltenen Betrag Steuermarken verwendet sind oder die einbehaltene Summe an die Finanzkasse abgeführt worden ist. Übersteigt das gesamte steuerbare Einkommen eines Lohn- oder Gehaltsempfängers den Betrag von 50 000 Mk., so finden die allgemeinen Vorschriften mit der Maßgabe Anwendung, daß der Steuerpflichtige auf die Steuerschuld eines Kalenderjahres nur den Betrag in der an die Hebestelle zu entrichten hat, um den diese Steuerschuld den auf den Arbeitslohn einbehaltenen und vorschriftsmäßig verwendeten Betrag übersteigt. Die Veranlagung für das Rumpfrechnungsjahr 1921 (1. April bis 31. Dezember 1921) erfolgt noch nach dem alten Veranlagungstarif. Der Veranlagung wird das Einkommen des Kalenderjahres 1921 vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1921 zu Grunde gelegt und nicht, wie von vielen Steuerpflichtigen angenommen wird, das Einkommen vom 1. April bis 31. März. Die Berechnung der Steuer und die Abrechnung der Abzüge ist Sache des Finanzamts und nicht des Steuerpflichtigen. Löhne und Gehaltserhöhungen haben das Arbeitseinkommen des Folgejahres 1921 über Anzug des Steuerertrages angegeben, da die Einkommensteuer vom Einkommen nicht vorweg abgesetzt werden darf. Infolge der Geldentwertung und dadurch bedingter höherer Einkommensbezüge wird die für 1921 zu entrichtende Steuer erheblich höher sein als die für 1920. Es liegt daher im Interesse der Steuerpflichtigen, die ihre Steuerschuld in der zu entrichten haben, wenn sie die Vorauszahlungen zu den gesetzlichen vorgeschriebenen Zeiten abführen und nicht auf den Steuerbescheid warten. Wer die Vorauszahlungen nicht rechtzeitig entrichtet, kann später, wenn die Steuerschuld so hoch angewachsen ist, daß ihm die Zahlung schwer fällt, nicht darauf rechnen, daß ihm Zahlungserleichterungen zugebilligt werden können.

Ilfeld. Einen für die Gemeindevorsteher wichtigen Beschluß faßte der Kreisausschuß in seiner letzten Sitzung. Bekanntlich haben nach der hannoverschen Landgemeindeordnung die Gemeindebeamten (Gemeindevorsteher und Bürgermeister) ihre Aemter als Ehrenämter zu betrachten. Nach § 35 der Landgemeinde-Ordnung von 1859, die noch heute in Geltung ist, können sie für nötige Wege außerhalb des Gemeindebezirkes eine angemessene Vergütung beanspruchen. Statt derselben kann eine mäßige Besoldung durch Gemeindebeschluß festgesetzt werden. Der Kreisausschuß hat keinen Einspruch als Aufsichtsbehörde dagegen erhoben, daß in die Haushaltspläne der Gemeinden für das Rechnungsjahr 1922 unter den jetzigen Verhältnissen (Geldentwertung, Teuerungsverhältnisse und vermehrte Arbeit) eine Vergütung von **10 Mark pro Kalendertag** ausgeworfen wird. Diejenigen Gemeinden, die für ihre Gemeindevorsteher diesen Satz noch nicht bewilligt haben, sollen darum ersucht werden. Als Ausnahme der rd. 2500 Einwohner zählenden Stadt Elbingerode sind **hauptamtlich** angestellte Gemeindevorsteher und Bürgermeister im Kreise Ilfeld nicht tätig.

Kirchliche Nachrichten

Elbingerode Pastor prim. Abert.

1. Pfingsttag: 1/2 10 Uhr Gottesdienst. 11 Uhr Kinderkirche.
2. Pfingsttag: 1/2 10 Uhr Gottesdienst, 11 Uhr Christenlehre für Konf. u. Vorkonf.

Hüttenorte Pastor Groschupf.

Pfingstsonntag. Rothehütte 10 Uhr Gottesdienst. Darauf Kinderlehre. Pfingstmontag. Königshof 9 3/4 Uhr Beichte 10 Uhr Gottesdienst mit heilg. Abendmahl.

Moderne
Herren-Anzüge
Burschen-Anzüge
Sportform mit Umschlaghosen,
Manschester Sporthosen
in allen Grössen
Sportstrümpfe, Wickelgamaschen,
Hüte, Mützen, Hosenträger,
Strickbinder, Dauerwäsche
— in grosser Auswahl —
Adolf Zander.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-25378059419220603-13/fragment/page=1

Zucker und Kohle.

Vor dem Kriege ist Deutschland das größte Zuckerexportland gewesen und verbrauchte eine nicht unbeträchtliche Menge ausländischer Kohle. Heute müssen wir riesige Mengen Kohle ausführen. Es findet eine vordem nicht nötige Belastung der Eisenbahn mit Kohlentransporten statt, obwohl wir auch dabei unseren Bedarf nicht befriedigen können, und Zucker muß aus dem Auslande eingeführt werden. In dieser Umkehrung unserer Wirtschaft drängt sich die ganze Not unseres Volkes zusammen. Denn die erzwungene Ausfuhr von Kohle, zum größten Teile zu einem Preise, der für Frankreich und Belgien ein Schleuderpreis ist, daher für unseren inländischen Verbrauch und die Produktion viel zu hoch, machen lohnenden Export unmöglich. Auch die Zuckerknappheit hängt damit zusammen, daß den Rafflinerien nicht unbegrenzt die Kohle, das Urprodukt jeder Produktion, zur Verfügung steht.

Wenn Deutschland nun zu Weltmarktpreisen, wie wiederholt verlangt worden ist, gelangen würde, so würde das Ausland lange nicht die für die Devisenbeschaffung nötige Menge der Ausfuhr abnehmen, Deutschland könnte nicht mehr wirksam konkurrieren. Die Gleichstellung der deutschen Preise mit den Weltmarktpreisen ist auch aus dem Grunde unmöglich, weil, sobald infolge höheren Preisstandes in Deutschland der Geldumlauf vermehrt werden müßte, in gleicher Weise der Kursstand der Mark gedrückt würde. Eine Angleichung an die Weltmarktpreise ist nur dann denkbar, wenn eine Besserung der deutschen Valuta gleichzeitig eine billigere Produktionsmöglichkeit in Deutschland gestattet. Wir können also vorläufig nicht daran denken, Kohlen in erheblicher Menge einzuführen. Da wir aber mehr Kohle brauchen, so muß man an die Erschließung neuer Kohlenfelder gehen, und gleichzeitig die vorhandenen noch nachhaltiger ausbeuten, zugleich aber auch unsere Transportmöglichkeiten verstärken. Das ist eine ungeheure Aufgabe, und in absehbarer Zeit ist sie unmöglich zu lösen. Wir sind aus diesem Grunde gezwungen, viel mehr Fertig- und Halbfertigfabrikate aus dem Auslande einzuführen, als wir bei normaler Wirtschaftslage benötigen würden, obwohl es theoretisch möglich wäre, etwa für eine Goldmilliarde jährlich Zucker auszuführen.

An den führenden Stellen hat man den wirtschaftlichen Optimismus immer mehr verloren. Das ist ein gutes Zeichen, denn nur, wenn die Größe der Gefahr richtig erkannt wird, ist überhaupt Aussicht vorhanden, daß ihr wirksam begegnet werden kann. In der Reichstagsdebatte über die Wirtschaftsfragen sind die zugegekommenen Tatsachen wertvoller als die Anregungen. Von der Linken forderte man die Bewirtschaftung des Zuckers für das ganze Reich. Man wird bei der gegenwärtigen Zuckerknappheit und Teuerung die allgemeine Mißstimmung verstehen können, zumal infolge des Fortfalls der Preisbindung für den zu Schnäpsen und Leckereien verarbeiteten Zucker die Fabrikanten in der Lage sind, jede Menge zu jedem Preise aufzukaufen. Von anderer Seite wird dazu behauptet, jede Zwangsbewirtschaftung würde die Zuckerproduktion, die jetzt im Aufstieg begriffen sei, wieder erheblich zurückwerfen, und das sei gefährlicher als das mit der Geldentwertung fortschreitende Steigen der Preise.

Viel schlimmer noch ist die Lage am Kohlenmarkt. Infolge unserer Ablieferungspflicht an die Entente wird unsere gesamte Produktion eingeschränkt. Namentlich an Koks herrscht ausgesprochener Mangel, sodaß wir unsere eigenen Eisenlager nicht ausbeuten können, und zur Verarbeitung ausländisches Eisen einführen müssen. Das ist ein geradezu katastrophaler Notstand, der die gesamte Wirtschaft in Mitleidenschaft zieht. Aus diesem Grunde hat das Hineingleiten in die Weltkrise für Deutschland ganz besondere Schrecken. Arbeitslosigkeit bedeutet bei dem gegenwärtigen Preisstand einfach Hunger der Massen. Man muß sich mit allem Nachdruck nach Mitteln zur Abhilfe umsehen, und der Angelpunkt liegt in der Frage, wie trotz allem eine Erhöhung der Produktion allgemein ermöglicht wird.

Die Voraussetzungen einer Anleihe

Zweimal vier Milliarden?

Finanzminister Hermes hatte in Paris über die Anleihe noch keine Besprechungen, diese beginnen erst, wenn der Anleiheausschuß unter Teilnahme Morgans seine Arbeiten aufnimmt. Dieser Ausschuß wird, nach einer amtlichen Pariser Meldung, „die Mittel prüfen, welche Deutschland behilflich sein sollen, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Die Finanzleute werden versuchen, sich über die Bedingungen zu einigen, unter denen es möglich ist, Deutschland die pekuniäre Hilfe zu bringen, deren es bedarf".

Die Bedingungen der Geldgeber

richten sich in erster Linie gegen die Entente, denn Amerika und die Neutralen würden Deutschland nur leihen, wenn ihr Geld nicht gefährdet werde. Frankreich und Belgien müßten jetzt endgültig die Wahl treffen. Daher wird, wie Delacroix, der Vertreter Belgiens im Reparationsausschuß meint, die Verständigung nicht leicht sein. Deutschland werde sich auf die Anleihe nicht einlassen, falls sie ganz den Verbündeten zufallen solle. Die Verbündeten würden die Anleihe ablehnen, falls der größte Teil des Ertrages für die inneren Bedürfnisse Deutschlands bestimmt ist. Die Geldgeber würden zweifellos verlangen,

daß die Verbündeten ein für allemal auf militärische Sanktionen gegen Deutschland verzichten.

In belgischen Kreisen denkt man an eine Anleihe in zwei Abschnitten von je vier Milliarden Goldmark. Der erste Abschnitt könnte gleich gezeichnet werden; die zweiten vier Milliarden hätten Zeit bis zum Jahre 1924. An eine große Anleihe, die eine sofortige Liquidierung der ganzen Wiedergutmachung zur Folge hätte, sei nicht zu denken. Die Schuldenstreichung unter den Verbündeten, die eine Reduzierung der deutschen Schuld auf 50 Milliarden Goldmark ermöglichen würde, sei zurzeit nicht denkbar. Ferner ist die Rede von einer gewissen Finanzkontrolle über Deutschland, die jedoch mehr dem Bankierausschuß als der Reparationskommission eingeräumt sein werde, so daß sie eine Kontrolle auf rein geschäftlicher Basis zwischen Gläubiger und Schuldner darstellen würde.

*

Vanderlip über Amerikas Hilfe.

Der bekannte Neuyorker Bankpräsident Vanderlip bezeichnet als allererste Voraussetzung einer Finanzhilfe Amerikas die Neuformung der deutschen Kriegsschuld, sodaß sie für Deutschland erträglich wird. Dadurch muß Europa von dem Gespenst eines Zusammenbruches der deutschen Finanzen oder einer militärischen Invasion seitens Frankreichs befreit werden. Wenn eine vernünftige Ordnung der künftigen Schuldforderungen erreicht und spezielle Sicherheit für die beabsichtigte Anleihe gegeben werden könnte, würde es sich um eine gute Anlage handeln, bei der die Amerikaner sich wohl beteiligen dürften.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Helfferichs Kritik an der Zwangsanleihe.

Der frühere Reichsfinanzminister und jetzige deutschnationale Abgeordnete Helfferich übt in der Deutschen Tageszeitung scharfe Kritik an dem Gesetzentwurf über die Zwangsanleihe. Er schreibt u. a.: Der Augenblick wäre längst gekommen, die Katze aus dem Sack zu lassen, auch vor dem Reichstag und dem deutschen Volke. Dabei treunen uns keine zehn Tage mehr von dem 31. Mai, dem [illegible] bis zu dem alles erledigt [illegible] soll. Der Reichstag wird also wieder in die Lage kommen, unter dem Druck der französischen Pistole zu arbeiten. Daß die Regierung das steuerlich erfaßbare deutsche Volksvermögen auf nicht mehr als 1200 Milliarden Papiermark schätzt, gehört zu dem Erstaunlichsten dieser in Unbegreiflichkeiten reichen Zeit. 1200 Milliarden Papiermark sind nur 20 Milliarden Goldmark; bei dem Entwertungsfaktor von 75, der dem heutigen Dollarkurs von etwas mehr als 300 entspricht, sogar nur 16 Milliarden Goldmark.

Die Auseinandersetzung über die Krongüter.

In linksstehenden Blättern war behauptet worden, es sei eine Zuweisung von 200 Millionen Mark an die Familie Hohenzollern durch die preußische Regierung nach Doorn beabsichtigt. Der amtliche Preußische Pressedienst teilt nun mit, eine derartige Zuweisung sei nie in Frage gekommen. Im Anschluß an die Meldungen war auch gesagt worden, der jetzige preußische Finanzminister Dr. v. Richter nehme eine veränderte Stellung zu den Abfindungsfragen ein, so daß sich Personalveränderungen in den betr. Dezernaten ergeben hätten. Tatsächlich hat Ministerialdirektor Bachem, der bisher als führender Mann in der Angelegenheit hervortrat, sein Amt niedergelegt.

Koalitionsregierung in Braunschweig.

Die Regierungskrise in Braunschweig ist beendet. Mehrheitssozialisten, Demokraten und Deutsche Volkspartei haben sich zusammengefunden. Die neue Regierung wird sich nicht mehr wie bisher aus fünf, sondern nur noch aus vier Mitgliedern zusammensetzen, von denen zwei der Fraktion der Mehrheitssozialisten und je einer der Fraktion der Deutschen Volkspartei und der Demokraten entnommen sind. Das Kabinett setzt sich aus dem früheren Ministerpräsidenten Dr. Jasper (Sozialist), dem bisherigen Arbeitsminister Steinbrecher (Soz.), dem früheren Kultusminister Nordemann (Demokrat) und dem Führer der Deutschen Volkspartei, Landtagsabgeordneten Kaefer, zusammen.

Italien.

Nittis Ansicht über Genua. Der frühere italienische Ministerpräsident Nitti, der in weiten Kreisen als der kommende Mann in Italien betrachtet wird, schreibt in einem Berliner Blatt u. a.: Die Konferenz von Genua hat gezeigt, daß England und Italien von derselben Friedenssehnsucht erfüllt sind, und daß die Entente heute nicht nur hinsichtlich der Beurteilung der Ereignisse, sondern auch, was mehr bedeutet, hinsichtlich des Geistes der Nachkriegspolitik geteilt ist. Es stehen sich heute zwei Tendenzen, zwei Zukunftsprogramme gegenüber. Die Vereinigten Staaten von Amerika nehmen am Völkerbund nicht teil, weil er nur eine „heilige Allianz" der Sieger ist; sie nehmen nicht teil an den Kongressen der Entente, weil sie von deren Irrtümern nichts wissen wollen. Die Konferenz von Genua hat vor allem dazu gedient, Amerika über den wahren Geisteszustand in Europa aufzuklären. Es hat verstanden, wo der Geist der Demokratie, und wo der Geist der Gewalt zu suchen ist. Ich bin also sicher: wenn auch die sofortigen praktischen Ergebnisse der Konferenz höchst bescheiden sind, so werden doch die allgemeinen Ergebnisse für die europäische Politik und für die Politik der Welt sehr bedeutend sein.

*

Berlin. An Stelle des bisherigen Reichs- und Staatskommissars für das Memelgebiet, Graf Lambsdorff, in Gumbinnen ist der Regierungspräsident Dr. Rosencrantz zum Reichs- und Staatskommissar für die Überleitung im Memelgebiet bestellt worden.

Berlin. Das bereits Ende April d. Js. in Posen geschlossene deutsch-polnische Abkommen über Erleichterungen des Grenzverkehrs tritt jetzt mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Köln. Auf der Kölner Tagung der zweiten Internationale erklärte der belgische Sozialistenführer Huysmans, seine Partei werde jede Zerreißung Deutschlands auf das schärfste zurückweisen. Eine Delegation belgischer Sozialisten wird sich demnächst in das besetzte Gebiet begeben, um die Abtrennungspropaganda zu studieren.

Posen. Die Liquidationskommission in Posen, die auf Grund des Versailler Friedensvertrages ihre Tätigkeit ausübt, hat zehn deutschen Eigentümern mitgeteilt, daß sie bis zum 10. Juli d. Js. auf dem Liquidationswege ihre Güter zu verkaufen haben.

Wien. Der ehemalige Bundeskanzler Michael Mayr ist in Waidmannskirchen einem Schlaganfall erlegen.

Wien. Der Kabinettsrat hat dem Bundeskanzler Schober die Ermächtigung erteilt, an einem ihm geeignet erscheinenden Zeitpunkt die Demission des gesamten Kabinetts zu geben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Demission schon in den nächsten Tagen erfolgen wird.

Sammelmappe

für bemerkenswerte Tages- und Zeitereignisse.

* Nach den bisherigen Abmachungen wird die Übergabe Oberschlesiens Mitte Juni beginnen. Polnisches Militär und deutsche Reichswehr werden gleichzeitig einrücken.

* Die italienischen Delegierten im Reparationsausschuß in Paris erklärten, sie erwarteten mit Bestimmtheit, daß die Verhandlungen mit Deutschland zu einer Einigung in der Reparationsfrage führen.

* Nach der Auffassung des belgischen Mitgliedes der Reparationskommission Delacroix ist die erste Vorbedingung für eine Anleihe an Deutschland der Verzicht Frankreichs und Belgiens auf künftige Zwangsmaßnahmen.

* Das Zentralexekutivkomitee in Moskau hat den deutsch-russischen Vertrag von Rapallo ratifiziert.

Der Dolomit.

Von Edela Rüst.

(Nachdruck verboten.)

Es war nach gemütlichem Abendessen zu dreien. Dr. Martin Ammonn, seine Frau Sabine und der Regierungsrat Birkhoff. Dr. Ammonn, mit sehr charakteristischem schönen Gelehrtenkopf, seine völlig gelähmten Beine in Decken gehüllt, saß wie immer im Rollstuhl. Birkhoff, ein hoher, eleganter, tief brünetter Mann, ging, seiner Gewohnheit gemäß, nach der Tafel in dem prächtigen, dunkelgetäfelten Eßzimmer hin und her, um schlank zu bleiben und rauchte eine Havanna aus Ammonns berühmtem Vorrat. Und Frau Sabine saß noch am Tisch bei ihrem geliebten Tee. Man war, wie immer hier im Hause, heiterster Stimmung und ritt gerade auf dem Heiratsthema herum — sehr zum komischen Entsetzen Birkhoffs, den unter die Haube zu bringen man sich seit langem alle erdenkliche Mühe gab.

„Also, meine Herrschaften, ich bitte, lassen Sie mich in Frieden! Es muß doch auch Junggesellen auf der Welt geben! Sterne am Himmel werdenwollender Hausfrauen und Schwiegermütter! Mein Zustand ist durchaus behaglich. Bin hier und da der geringgesehene Dritte im Bunde — mir werden die verlockendsten Avancen gemacht aus schönen Augen und süßem Munde, und — auch aus anderen. Ich bleibe fest und starr wie ein Dolomit! Kein Samenkorn, noch so zärtlich und heimlich-sorglich an mich geheftet, geht auf — der Stein bleibt Stein und will nicht grünen!"

Der Hausherr lächte auf: „Wenn nur die Rechte kommt!"

„Was heißt: die Rechte? Kann man wissen, ob sie sich in der Ehe nicht verdammt links auswächst?"

„Unsinn! Überhaupt, es ist einfach Pflicht gegen sich selbst, gegen die Frauen und gegen den Staat, einen Hausstand zu gründen. Und Sie sind ein so anständiger Mensch, Birkhoff, daß es eine Affenschande ist, solch ein ewiges Vagabundenleben zu führen, wie Sie es tun!"

„Richtiger gesagt, wie wir es alle einmal getan haben! Oder nicht?" Dr. Ammonn schmunzelte: „Nun selbstverständlich! Aber man hat eben mal ein Ende gemacht. Sie weigern sich aber hartnäckig, ein Ende zu machen."

„Ja, das tue ich ganz entschieden!"

„Sehen Sie, da ist die kleine Wengler . . ."

„Mir viel zu jung!"

„Das ist bekanntlich ein Fehler, der sich mit den Jahren ungemein vermindert — eher, als uns gemeinhin lieb ist!"

„Möglich — ich mag's aber am eigenen Leibe nicht abwarten."

„Da ist die charmante Witwe Ankermann — reich, schön und immer frohgemut."

„Gewiß, ja, aber — sie ist mir zu brünett. Ich liebe die Blonden."

„Schrecklicher Kerl sind Sie, Birkhoff!"

„Aber bester Doktor, eben sagten Sie, daß ich ein ganz außergewöhnlich anständiger Mensch sei."

„Also da ist die Feldeck — blond, rotblond sogar . . ."

„. . . zu rot!"

„Herr des Himmels — da ist die aschblonde Kugler — Ende zwanzig, elegant, sehr wohlhabend, klug und — ganz sichtbar verliebt in Sie."

„Höchst ehrenvoll! Sie ist mir nur zu klug und — absolut nicht mein Genre!"

„Welches ist denn Ihr Genre?"

„Zum Ansehen so allerhand — zum Heiraten keins!"

„Ich lasse nicht locker — da wir gerade mal bei dem Thema sind! Da ist . . ."

„Da ist, da ist! Da ist eben keine, Sie hören doch, Doktor!"

„Bine, so hilf mir doch — wer ist denn da noch?"

Frau Bine Ammonn setzte ihre Teetasse langsam auf den blumengeschmückten Tisch und rang intensiv nachdenklich die weißen Hände. „Mein Gott, Martin — ich weiß auch niemand mehr, unsere Liste ist nicht lang! So gib doch Ruhe — wenn er denn durchaus nicht will! Es ist ja schade — Sie haben das Zeug zum idealen Ehemann, und . . ."

„Selbst bin ich davon noch nicht überzeugt, meine gnädigste Frau."

„An das Nächstliegendste denkst du natürlich wieder nicht, Bine! Ist es dir noch nie eingefallen, daß deine Schwester Irmse . . ."

„Ja, natürlich, Irmse! Ich wünsche immerzu, wenn sie auf Besuch ist, daß sie ihm gefallen möge . . ."

„Gefällt mir auch, aber — muß darum gleich geheiratet werden?"

Doktor Ammonn schlug laut lachend mit der schmalen Gelehrtenfaust auf den Tisch.

„Er ist dem Ernst des Lebens völlig unzugänglich! Mir ist ganz schlecht geworden von meinen Anstrengungen und seinen Abers! Bine, sei so gut und klingele — Franz soll mich in meine Bettlade verfauen — meine Stunde hat geschlagen! Das hindert euch aber nicht, noch ein weiteres Stündchen zu verplaudern. Adjüs, Birkhoff — auf baldig Wiedersehn, und — bessern Sie sich!"

„Wird der Mohr davon weiß, daß er weiß, wie schwarz er ist? Angenehme Ruhe, lieber Doktor!"

Doktor Ammonn wurde vom Diener hinausgefahren. Frau Bine und Birkhoff zogen sich in den kleinen gelben Salon zurück — vor den erlöschenden Kaminofen.

Beide zündeten sich Zigaretten an, bliesen den feinen Rauch vor sich her und — schwiegen eine lange Weile.

Endlich fragte Birkhoff: „Geht's dem Doktor eigentlich schlechter? Er magert ja zusehends ab."

„Es wechselt sehr —"

„Jedenfalls besteht keine Gefahr . . .?"

„Der Arzt gibt ihm noch lange Jahre, bei Ruhe und sorgsamer Pflege."

„Die hat er ja! Rührend sind Sie mit ihm, Gnädigste."

„Das ist doch nur meine Pflicht."

„Nur Pflicht?"

„Ich habe ihn lieb. Das wissen Sie doch."

„Ja — das weiß ich! Aber — dies Elend nun schon . . . wie lange ist's her, daß er das unfreiwillige Seebad nahm, das ihn zum Invaliden machte?"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-25378059419220603-13/fragment/page=2

Deutscher Reichstag.

(Aus der 217. Sitzung.)

Die Erledigung mehrerer kleiner Anfragen bildete den Beginn der Verhandlungen. Auf eine Anfrage der Kommunisten wegen der Auslieferung des italienischen Kommunisten Boldrini und der Verhaftung der Italiener Ghezzi und Vathi wurde von der Regierung erwidert, die Auslieferung sei auf Grund des mit Italien bestehenden Auslieferungsvertrages wegen Mordes erfolgt. Boldrini habe in seinem Bombenattentat etwa 30 Frauen und Kinder ums Leben gebracht. Nach eingehender Prüfung sei die Frage, ob es sich um ein politisches Verbrechen handele und Boldrini das Asylrecht zu gewähren sei, verneint und allein der Wortlaut des Auslieferungsvertrages als maßgebend erachtet worden. Übrigens nehme die Schweiz den gleichen Standpunkt ein, denn sie habe die Durchbeförderung Boldrinis gestattet. Die Verhaftung von Ghezzi und Vathi sei richtig. Bei Ghezzi liege augenblicklich die Frage der Auslieferung den preußischen Behörden zur Beschlußfassung vor. Im Falle Vathi habe das Gericht in Bologna festgestellt, daß er ein Bombenattentat auf eine Kaserne begangen hat. Weiteres Material zur Feststellung seiner Straftaten ist angekündigt. Ob das Auslieferungsverfahren begründet sei, habe die Prüfung zu ergeben.

Nach Erledigung der kleinen Anfragen wurde fortgefahren in der Beratung des

Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums.

Abg. Simon-Franken (U. Soz.) bemerkte u. a., das Handwerk gehe immer mehr zurück. Von rund 60 000 Handwerksbetrieben waren nur 3000, die überhaupt mit Gehilfen arbeiteten, sonst waren nur Lehrlinge beschäftigt. Die sollen da die Lehrlinge weiterkommen? Jedenfalls muß die Frage der Lehrverträge gründlich erwogen werden. Darauf wandte sich der Redner ausführlich gegen das Verlangen nach der freien Wirtschaft. Was man auf diesem Gebiete bisher erlebt habe, überschreite alle Befürchtungen. Die Arbeiterschaft befinde sich in einem Meer von Elend. Ein Rütteln am Achtstundentage habe gar keinen Zweck. Die Arbeiter lassen sich nicht mehr mit Versprechungen abspeisen. Sie wollen die Sozialisierung des Bergbaues. Wer dem nicht entsprechen will, darf sich nicht wundern, wenn die Masse über ihn hinwegeht.

Abg. Gildemeister (Deutsche Vp.) bedauerte, daß man das Reichswirtschaftsministerium nicht einfach Handelsministerium genannt habe. Nicht mit vorgefaßten Meinungen, sondern auf dem Boden der Tatsachen muß man den Wirtschaftsfragen gegenübertreten, sachlich und nüchtern. Wir alle seien verarmt und am Bettelstabe, damit sei die Krise der Erfüllungspolitik eingetreten

Abg. Wieland (Dem.) verlangte den Abbau der Außenhandelskontrolle, mindestens müsse diese in vernünftigerer Weise gehandhabt werden. Der Verkauf wissenschaftlicher Instrumente ins Ausland nimmt solchen Umfang an, daß die deutsche Wissenschaft ihres ganzen Handwerkzeuges beraubt zu werden droht. Es muß eine erhebliche Steigerung der Kohlenförderung angestrebt werden und ein beschleunigter Abtransport der Lagerbestände von Kohlen und Koks nach Süddeutschland.

Abg. Karthaus (Zentr.) bemerkte, ebenso schlimm wie unsere hoffnungslose und elende wirtschaftliche Lage ist die Blindheit, die bei der Mehrheit des Volkes darüber herrscht. Bestände Klarheit darüber, so wäre damit schon viel erreicht, und man könnte vielleicht auf eine wirtschaftliche Einheitsfront hoffen. Der Redner behandelte alsdann die Zuckerfrage, wobei er bemerkte, daß Auslandszucker nur zu gewerblichen Zwecken eingeführt werden sollte. Zum Schluß kam der Redner auf die Lehrlingsfrage zu sprechen.

Abg. Hüllein (Komm.): Die Arbeitslosigkeit der Welt wird immer weiter um sich greifen, wenn nicht der Menschlichkeitsstandpunkt im Wirtschaftsleben zur Geltung kommt. Die Kulilöhne müssen schwinden.

Abg. Riemer (Deutschnatl.) begründete hierauf die Interpellation betreffend Regelung des Lehrlingswesens im Handwerk.

Staatssekretär Hirsch beantwortete die Interpellation, wobei er mitteilte, daß die Regierung einen Gesetzentwurf vorlegen werde, der als Rahmengesetz gedacht sei und in dem das gesamte Lehrlingswesen, nicht nur das für das Handwerk, seine Regelung finden soll. Im allgemeinen bemerkte der Redner, daß die von den Vorrednern geäußerten Befürchtungen nicht begründet seien.

Abg. Wiener (Deutschnat.) begründete die Interpellation der bürgerlichen Parteien über das Lehrlingswesen. Es werden gefordert: Erhaltung der Meisterlehre, Ausbau der Befugnisse der Innungen, Handwerks- und Gewerbekammern und paritätische Beteiligung der Gesellen bei Regelung des Lehrlingswesens.

Abg. Havemann (D. Volksp.) hofft, daß den Versprechungen der Regierung auch Taten folgen. Das Handwerk legt den größten Wert darauf, seine Angelegenheiten selbst zu erledigen, besonders auch bei den Innungsschiedsgerichten.

Abg. Sievers (Hannov.) wandte sich gegen die Unterordnung des Lehrverhältnisses unter den Tarifvertrag. Der Zudrang zur Meisterprüfung war in den letzten 2½ Jahren außerordentlich groß.

Abg. Krüger (Soz.): Viele gelernte Handwerker wanderten von ihrem Handwerk ab wegen der schlechten Bezahlung, so finden sich viele gelernte Bäcker und Fleischer bei den Hilfsarbeitern im Bergbau. Die Lehrlingszüchterei blühe immer noch.

Abg. Frau Wurm (U.-Soz.): Die Interpellation will nur die alten überlebten Verhältnisse aufrechterhalten. Erziehung ist Sache der Schulen. Die Kleinbetriebe können den modernen Anforderungen nicht entsprechen, und wir brauchen die modernen Betriebe.

Damit schloß die Hauptaussprache und die Besprechung der Interpellation. Weitere Kapitel des Etats wurden ohne wesentliche Debatte angenommen.

„Dr." Erich Anspach,
der vor kurzem verhaftete Meisterfälscher politischer Dokumente.

Von Nah und Fern.

Neue Zugverbindungen zwischen Deutschland und Schweden. Am 1. Juni treten im Verkehr zwischen Deutschland und Schweden über Saßnitz-Trelleborg doppelte Zugverbindungen in Kraft, die eine Erleichterung des Reiseverkehrs bedeuten und besonders für die vom Norden her kommenden Reisenden vorteilhaft sind, da beispielsweise gute Gelegenheit zur Weiterreise von Berlin südwärts geboten wird.

Gerhart-Hauptmann-Festspiele. Der Ehrenausschuß für die Gerhart-Hauptmann-Festspiele, die im August d. J. in Breslau stattfinden, erläßt einen Aufruf, in dem er das deutsche Volk auffordert, dem Dichter, der in diesem Jahre seinen 60. Geburtstag feiert, zu huldigen. Dem Ehrenausschuß gehören u. a. an: Reichspräsident Ebert, Reichskanzler Dr. Wirth, mehrere Reichsminister, mehrere preußische Minister, das Reichstagspräsidium und das Präsidium des Preußischen Abgeordnetenhauses.

Die Amerikadeutschen in Bremen. Der Dampfer „York" des Norddeutschen Lloyds traf, von Newyork kommend, mit rund sechshundert Passagieren auf der Weser ein. Den an Bord befindlichen Teilnehmern der „Plattdeutschen Wäle" in Bremen wurde durch die Plattdeutsche Vereinigung „Waterlani" und von Hunderten von Einwohnern der Unterweserorte wärmster Empfang bereitet. Die Passagiere des „York" wurden mit einem Sonderzug des Norddeutschen Lloyds nach Bremen weiterbefördert.

Bootsunglück beim Rettungsversuch. Auf dem Löwentinsee in Ostpreußen ereignete sich ein schweres Bootsunglück. Ein Vierer des Königsberger Rudervereins, der einem auf dem See treibenden Ruderer Hilfe bringen wollte, schlug bei dem starken Nordwind voll Wasser und kenterte. Zwei Insassen retteten sich durch Schwimmen, die drei anderen, die das Boot wieder bestiegen hatten und sich vom Wind treiben ließen, werden vermißt. Sie sind zweifellos ertrunken. Das leere Boot wurde treibend aufgefunden.

Der versunkene Goldschatz. Wie aus Brest gemeldet wird, ist der untergegangene englische Dampfer „Egypt" an einer 119 Meter tiefen Stelle gesunken. Er beförderte eine Summe von 1½ Millionen in Goldmünzen. Das Gepäck und die Schiffsbücher sind verloren, ein einziger Postsack nach Indien wurde gerettet.

Die Mode auf dem Frauenkongreß. Der in Rom tagende internationale katholische Frauenkongreß beschloß auf Vorschlag der Fürstin Giustiniani-Bandini, die Einsetzung einer internationalen Kommission zur Ausarbeitung einer dezenten Frauenmode. Der Sitz der Kommission ist seltsamerweise Paris.

Schwerer Unglücksfall auf einer Autorennbahn. Bei den Autorennen von Cycla Cabs bei Barcelona durchbrach die Menge den Ordnungsdienst. Der Rennfahrer Lombard fuhr mit 310 Kilometern Geschwindigkeit in die Menge. Sein Monteur und drei Personen wurden getötet, der Rennfahrer selbst erlitt nur einige Hautabschürfungen.

*

Aachen. Ein Waldbrand wütet auf neudeutschem Gebiet. Bisher sind 2000 bis 3000 Morgen Waldbestände vernichtet. Das Feuer breitet sich in dem Walde westlich von Roetgen immer weiter aus. Unter großen Anstrengungen gelang es, das Übertreten des Feuers auf deutsches Gebiet zu verhindern.

Gerichtshalle.

Spionageprozesse vor dem Reichsgericht. Vor dem Reichsgericht in Leipzig standen wieder zwei Fälle von Spionage, die von deutschen Staatsangehörigen zugunsten Frankreichs betrieben worden waren, zur Verhandlung. Angeklagt war die 38 Jahre alte russische Fürstin Helene Schakowskaja, die nach ihrer Scheidung einen Münchener Künstler geheiratet und damit die deutsche Staatsangehörigkeit erworben hatte. Nach der Trennung auch dieser Ehe nahm sie wieder den russischen Fürstennamen an und zog nach Wiesbaden, wo sie französischen Offizieren Sprachunterricht erteilte und dann in deren Auftrag deutsche militärische Geheimnisse auskundschaften wollte. Der Versuch mißglückte aber und die Fürstin wurde in Frankfurt verhaftet. Das Reichsgericht verurteilte sie zu 2½ Jahren Gefängnis. — In dem zweiten Falle handelte es sich um den Schlafwagenkontrolleur Karl Machet aus Straßburg, der Mitglieder der Reichswehr aushorchen sollte. Das Gericht verurteilte ihn zu vier Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Seine Verlobte, die Näherin Magdalene Schütz und drei Mitangeklagte erhielten wegen Beihilfe Gefängnisstrafen bis zu neun Monaten.

Zuchthausstrafen für Schieber. Eine ganze Woche dauerte ein Riesenschieberprozeß vor der 2. Strafkammer des Kölner Landgerichts. Von der Station Lobberich aus waren für Millionen Sendungen, speziell Kunstdünger, nach Holland verschoben worden. Es handelte sich um Hunderte von Waggons, die mit gefälschten Ausweispapieren den Weg ins Ausland nahmen. Angeklagt waren 11 Personen aus dem Rheinland und aus Berlin. Der Hauptäter erhielt 5 Jahre Zuchthaus und 500 000 Mark Geldstrafe. Der unrechmäßige Gewinn wurde beschlagnahmt.

Vermischtes.

Ein Papierfest. Turiner Künstler veranstalteten jüngst ein äußerst originelles Fest, dessen Ertrag einer Unterstützungs- und Versicherungskasse für notleidende Künstler zugute kam. Man war auf die Idee verfallen, das Papier zum Leitmotiv des Festes zu machen. Alles war aus Papier, angefangen von der Ausschmückung des Saales bis zu den Tellern am Büfett. Im Saal waren reizende Statuen aufgestellt, die von namhaften Künstlern aus Kartonpapier geformt worden waren. An den Wänden hingen Blumengirlanden, die selbstverständlich auch aus Papier gemacht waren. Die Kronleuchter trugen papierene Verzierungen. Den „Clou" des Festes bildeten aber die Kleider der Damen: fast alle weiblichen Gäste trugen Toiletten aus Papier. Diese Kleider zeichneten sich durch die größte Eleganz aus, denn sie waren in den ersten Schneiderateliers der Stadt verfertigt worden. Für die geschmackvollsten Kostüme waren Preise ausgesetzt, die in Bildern und anderen Werken bekannter Künstler bestanden. Der Andrang zu dem eigenartigen Fest war außerordentlich groß, so daß es einen beträchtlichen Reingewinn für die neu gegründete Unterstützungskasse brachte.

Schandtaten der amerikanischen Lynchjustiz. Die amerikanischen Blätter melden wiederum eine Reihe Fälle besonders krasser und grausamer Lynchjustiz an Negern. So spielte sich in Davisborough (Georgia) eine fürchterliche Lynchjszene ab. In Anwesenheit einer 2000köpfigen Menge, unter der sich zahlreiche Frauen und Kinder befanden, wurde der 15jährige Neger Charles Atkins, der des Mordes an einer weißen Frau beschuldigt wurde, an einen Pfahl gebunden und bei kleinem Feuer langsam geröstet. Unter fürchterlichen Qualen und Schreien bekannte sich der so Gefolterte schuldig, worauf die Menge ein großes Feuer entzündete und den Neger verkohlen ließ. Ein ebenso schauriger Fall von Lynchjustiz wird aus Texarkana (Texas) berichtet. Dort schlug die Menge das Tor des Stadtgefängnisses ein, holte einen der Erschießung eines Weißen angeklagten Neger heraus, band ihm einen Strick um den Hals und schleifte ihn daran so lange durch die Straßen, bis er erwürgt war. Dann errichtete die Menge einen Scheiterhaufen und warf die Leiche hinein.

„Im Frühjahr wird's sechs Jahre!"

„Sechs Jahre . . .! Ein Jahr haben Sie ihn also wohl nur gesund gehabt?"

„Ja! Aber welch ein Jahr voller Glückseligkeit, voller Sonne war das! Es hat wohl gewußt, daß es für ein ganzes Leben vorzuhalten hatte —. Diese Erinnerung hängt wie ein blühender Kranz voller Märchenwunder an all diesen Wänden —."

„Und ist nie eine Stunde gekommen, die anklagte?"

„Nie! Ich danke Gott für alle gespendete Gnade, und — daß Martin mir wenigstens geblieben ist. Sein Leben hing am Spinnwebfaden."

Birkhoff griff nach Frau Bines Hand und zog sie an die Lippen. „Wie herrlich ist dies Bekenntnis, und — wie bewundere und verehre ich Sie darum."

Bine sah stumm in die knisternde Flamme. Ihr zartes Oval hatte sich unter Birkhoffs Handkuß zart geröstet. Langsam öffnete sich ihr schöner lächelnder Mund, als säßen ihr liebe Worte auf den Lippen, die sich scheuten, laut zu werden.

Nach kurzem Besinnen stand sie auf und suchte auf einem Etschränkchen umher.

Birkhoffs Blicke folgten jeder Bewegung ihrer geschmeidigen Gestalt.

Gleich saß Bine wieder neben ihm — ein Bild in den Händen.

„Das hat Irmse mir gestern geschickt, und — viele schöne Grüße für Sie . . . Zu Weihnachten kommt sie wieder her."

Birkhoff nahm ebenso automatisch das Bild in die Hand. Nun schien er zu erwachen.

„Sie wird Ihnen immer ähnlicher."

„Martin meint das auch!"

„Nur — die Gestalt reicht nicht an Sie heran, und — ihre Seele ist alltäglicher — sie hat nicht viel inneres Leben. Schade . . ."

Damit legte Birkhoff das Bild achtlos auf den Kaminsims.

Bine sah enttäuscht zu ihm hin.

„Irmse ist eine so leidenschaftlich-zärtliche Natur — ein lieber, lieber Kerl und — wird eine fröhlich-sorgliche, sonnige Hausfrau werden, wenn sie aus Liebe heiraten dürfte."

„Ich will es ihr von ganzem Herzen wünschen!"

„Birkhoff . . .! Ich werbe für meine kleine Schwester."

Birkhoff erhob sich — lachend: „Das war also heute eine abgekartete Geschichte — das mit der Heiratereі! Geht's doch auf, Kinder — ich bleibe Dolomit!"

Frau Bine schlug ihm liebäugerlich auf die Hand, die sich ihr jetzt zum Abschied entgegenstreckte. „Vielleicht sind Sie gar schon verheiratet — wer kann wissen? Die Männer heute . . ."

„Vielleicht?! Vielleicht liege ich auch mal wieder in Scheidung — wer kann wissen?"

Sie trennten sich böse nend aber lachend wie immer.

* * *

Sechs Wochen später begrüß Frau Sabine ihren Mann — er hatte einem schweren Nervenschlag nicht mehr standhalten können. Ihr Leben schien ihr völlig zerstört. Nach langem Zögern erst gab sie Birkhoffs und der Eltern Bitten nach, auf länger in das Vaterhaus zurückzukehren — für den Sommer war eine Rheinreise geplant.

Birkhoff, der ihr die ganze schwere Zeit in allen Treuen beigestanden, geleitete sie nun auch zur Bahn. Seine Blicke hingen wie gebannt an dem schmalen, schneeweißen Streifen in ihrem wundervollen blonden Haar, der den Reiz des jungen edelschönen Gesichtes in der Witwenschneebe noch seltsam steigerte.

Bines Augen standen voller Tränen. Alles, was sie zum Abschied sprach, war Dank, nichts als Dank für seinen Beistand, für sein verhaltenes Mitfühlen mit ihrem namenlosen Schmerz.

„Sie müssen darüber weg, Gnädigste. Versprechen Sie mir, daß Sie alles tun wollen . . ."

„Was kann ich anderes tun, als meine Tage vertrauern —"

In einem Tone sagte sie das, der Birkhoffs ganze Mannhaftigkeit ins Schwanken brachte.

„Sabine . . .!"

Bine horchte auf. Wie aus nebelgrauen Fernen — wie aus verschütteten Freuden hatte das an ihr Ohr geklungen. —

Ein schriller Pfiff — der Zug setzte sich in Bewegung — ein letzter Handdruß — ein letzter Blick — der Zug war aus der Halle.

* * *

Ohne es zu wollen, geriet Bine mit Birkhoff in jeweiligen Briefwechsel. Es war ihm so vieles für sie zu erledigen geblieben. Er hatte Dr. Ammonns ganzen Nachlaß in Händen. Da gab es häufiges Hin- und Herfragen, Zustimmen, Abraten, Unterschreiben — alles rein sachlich und geschäftlich in förmlich-freundschaftlichem Stil.

Da kam am ersten Mai ein Brief, zum erstenmal auch äußerlich ganz ungeschäftlich. Im kleinen weißen Leinenumschlag, auf schlichtem weißen Leinenbogen und — kurz.

„Gnädigste Frau!

Der Dolomit hält es nun nicht mehr länger aus — er grünt, er blüht sogar und muß endlich wissen, ob er grünen und blühen darf. Seit dem ersten Tage unserer Bekanntschaft liebe ich Sie und habe Sie all die Jahre still im Herzen getragen — hoffnungslos — ach, so hoffnungslos — — —.

Ich weiß nicht, ob Sie überwunden haben. Ich will Sie auch heute noch nicht mit meiner Liebe belästigen. Ich will nur fragen: darf ich kommen, Sie zu sehen — kommen als ein Hoffender? Oder — müssen sich unsere Wege trennen für ewig? Ich muß Klarheit haben — ich muß wissen! Sabine . . .! Darf ich kommen? Für immer

Ihr Birkhoff."

* * *

Sabine! Der Ruf beim Abschied war ihr im Ohr geblieben — wie silberner Harfenklang aus nebelgrauen Fernen — aus Zeiten verschütteter Freuden — — —.

Und Bine Ammonn strich mit weichem Finger über den Brief, und leise, ganz leise und traumverloren sagte sie vor sich hin: „Ja, ja, er soll kommen!"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-25378059419220603-13/fragment/page=3

Heute morgen 9 Uhr verstarb im Krankenhaus unser lieber Bruder und Schwager der

Maurer

Otto Marquordt

im Alter von 39 Jahren

Dies zeigen in tiefer Trauer an

Friedrich Marquordt u. Familie
Hermann Marquordt u. Familie

Elbingerode, den 31. Mai 1922.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unseres Vaters, besonders Herrn Pastor Groschupf für die trostreichen Worte am Grabe, sagen herzlichen Dank

Frau Luise Spengler
geb. Spormann
Oskar Spormann

Königshof, im Juni 1922.

Die Wählerliste für die neu angesetzte

Elternbeiratswahl

liegt vom 6. ds. Mts. ab 14 Tage lang in den Dienststunden im Rathause, Zimmer 2, aus.

Ueber den Wahltermin wird Genaueres noch bekannt gegeben.

Der Rektor: Ellrich.

Arbeiter-Turn-Verein „Vorwärts"

Heute Sonnabend 6½ Uhr
volkstümliche Uebungen.
Alles muß zur Stelle sein.
Treffpunkt: „Harzfreund"

N. B. Zur Teilnahme an dem am 2. Pfingsttage stattfindenden Sängerfeste versammeln sich die Mitglieder **um 11 Uhr** mittags im Vereinslokal Harzfreund. Um rege Beteiligung bittet

Der Vorstand.

Öffentliche Erklärung

Auf die öffentliche Bekanntmachung seitens der Allgemeinen Orts- und Landkrankenkasse des Kreises Ilfeld im hiesigen Harz-Boten bringe ich allen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur allgemeinen Kenntnis, daß seitens der Kasse und mir am 1. Juli 1921 Vertrag geschlossen wurde und mir die Behandlung ihrer Mitglieder übertragen gegen festgesetzte Gebührensätze.

Ich bin wiederholt der steigenden Materialpreise und sonstigen Lebensbedürfnisse wegen um eine Erhöhung der Gebührensätze vorstellig geworden, leider ohne Erfolg, wofür doch jede andere Kasse einsicht und Verständnis besitzt, nur die Allg. Orts- und Landkrankenkasse nicht, noch dazu als staatl. Kasse.

Es muß und wird ein jeder einsehen das die damaligen Gebühren-Vereinbarungen vom 1. Juli 1921 heute nicht mehr stichhaltig sein können, dies merken wohl die Herren Arbeitgeber und Arbeitnehmer am besten, denn die Beiträge die selbige leisten müssen sind bedeutend erhöht eben wegen den immer stehend gesteigerten Lebensbedürfnisse.

Was nun den Vertrag anbelangt, und die sofortige Entziehung der Praxis entspricht nicht des Rechtsverhältnisses.

Die Kasse ist vertraglich nur berechtigt jährlich 1 mal und zwar am 1. April den Vertrag zu kündigen.

Ich danke hiermit den Mitgliedern für das große Vertrauen, welches mir entgegen gebracht wurde und bin der festen Überzeugung das ein jeder meine fachmännische Tätigkeit anerkannt hat.

Schurig sen. Dentist.

Gußeiserne

Töpfe

alle Größen vorrätig bei
Ernst Lüders Nachf.

Konfirmand. od. Schulmädchen zum

Wegegehen

gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

Arbeiter-Männer-Gesang-Verein Elbingerode

Fest-Programm

zum

Bezirks-Sängerfest des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes

(Harzgau)

am 4., 5. und 6. Juni 1922 (Pfingstfest) zu Elbingerode im Harz.

Sonntag, den 4. Juni, 1. Pfingsttag:
abends 8 Uhr Fest-Kommers in „Stadt Hannover" ...

Montag, den 5. Juni, 2. Pfingsttag:
Morgens 5 Uhr Weckruf. - Von 8 bis 12 Uhr Empfang der auswärt. Sangesschwestern und Sangesbrüder. - Mittags 12 Uhr Vorstands-Sitzung und Auslosung der einzelnen Vereine in „Stadt Hannover". - Mittags 1 Uhr Festzug durch die Stadt nach dem Festplatz vor den Birken, daselbst Begrüßungslied des festgebenden Vereins und Festrede. - Nachm. von 2 Uhr ab Singen der einzelnen Vereine, anschließend Festball. ...

Dienstag, den 6. Juni, 3. Pfingsttag:
Morgens 10 Uhr Konzert vor den Birken. - Abends 7 Uhr Abschiedsball daselbst. ...

Die Arbeiterschaft von Elbingerode und Umgegend, sowie alle Freunde und Gönner des Vereins und Freunde des Gesanges werden zu dieser Veranstaltung herzlich eingeladen.

Da hierbei verschiedene hervorragende Vereine teilnehmen, bittet um gute Unterstützung

Der Festausschuß.

Die eingeladen Ehrendamen versammeln sich am 2 Pfingsttag mittag 12 Uhr in „Stadt Hannover".

Eine

Ziege

zu verkaufen.
Rogowski.
Waldhofstraße 91b.

Ein Paar

Kinderstiefel

Größe 22, sowie ein fast neuer

Sommerhut (weiß)

zu verkaufen. Zu erfr. i. d. rpdt. d. Ztg.

Zu verkaufen
Ein paar neue

Wagenhorden

nebst **Schützen** und 4 noch gut erhaltene **Räder** für einen kleinen Kuhwagen. Wo? sagt die Exp. d. Bl.

Außerdem ein gut erhaltener **Herren-Anzug.**

Lokomobilen

10—300 P.S.
5 km **Feldbahngleis** zu kaufen gesucht.
J. Carl Suhr,
G. m. b. H.
Hamburg 13, Rentzelstr. 6,
Telefon Hansa 5177.

Aufkäufer für

Himbeeren und Johannisbeeren

sucht
W. Koch
Fruchtfabrik Goslar a. H.

Verreist

zum Gynäkologenkongreß
Dr. Blass, Frauenarzt
Nordhausen.

Versteigerung

von Fichten-Nutzhölzern

aus den Fürstlichen Forsten **Wernigerode u. Hasserode am Freitag, den 16. Juni ds. Js. vorm. 9 Uhr** im Kaffeus Hotel in Wernigerode, bei 20% Anzahlung im Termin. (Zahlungsfrist 12 Juli 1922)

I. **Forstrevier Wernigerode** (Forstmeister Schmidt, Wernigerode.) Forsterte: Rothenberg, Ortberg, Bolmke (Förster Rüschel, Elbingerode.) —

Ahrendfeld, Apelnhäu, Bastkopf, Ravenstein, (Förster Salzmann, Büchenberg bei Elbing.) Huhnholz, (Förster Labeshr, Voigtsteg bei Wernig.) Limbach, Stapenberg, (Förster Buchholz, Benzingerode.)

915 fm Fichten Stämme gesund und fehlerhaft:

15 fm 1. Kl., 148 fm 2. Kl., 415 fm 3. Kl., 337 fm 4. Kl., 95,5 rm Fichten Schichtnutzrollen über 18 cm Zopf 2 m lg. 60,5 rm Fichten Schleifholz 2 m lg.

II. **Forstrevier Hasserode,** (Oberf. Sietz, Hasserode) aus den Bezirken: Hasserode, Hohne, Himmelpforte, Karlshaus, Förster: Buch, Brandes, Paschke, Jochem.

14 Stück 1. Kl. = 32,62 fm, 110 Stück 2. Kl. = 149,42 fm, 413 Stück 3. Kl. = 284,94 fm, 766 Stück 4. Kl. = 271,49 fm.

99 rm Fichten Schichtnutzrollen, über 18 cm Zopf, 2 m lg., 117 rm Fichten Schleifholz. 2 m lg

Kaufliebhaber, die nicht Angehörige eines deutschen Bundesstaates sind, oder die innerhalb des deutschen Reiches keinen Wohnsitz haben, können vom Mitbieten ausgeschlossen werden.

Nähere Auskunft durch die Försterbezirksbeamten und die Revierverwaltungen.

Losverzeichnisse sind gegen Schreibgebühren durch die betr. Revierverwaltungen anzufordern.

Die beste Milchschleuder der Gegenwar.
ist der

Spezial-Separator.

Bereitwilligste Auskunft über diese Maschinenerteilt jederzeit unverbindlich

H. Rensch.

— In allen Größen am Lager —

Brillanten,
Gold
und
Silber Platin
kauft zu höchsten Tagespreisen
Werner
Wernigerode, Hinderstr. 30,
Telephon 735, am Bahnhof.

Hirsch-Abwurfstangen
(von Rot- u. Damhirsch)
zu hohen Preisen zu kaufen gesucht.
Werner
Wernigerode, Hinderstraße 30
Telephon 735, am Bhnhof.

Wer billige „Tafelbutter" sucht
Wer Kuhbutter nicht hat
Wer (Tier-) Margarine nicht will

Wer Pflanzenbutter bevorzugt
Wer etwas wirklich Gutes sucht
Wer Wert legt auf mehr Kuhbuttergeschmack

Wer Ia und IIa unterscheiden kann
Wer Feinschmecker ist
Wer diese Marke noch nicht kennt:

der muss „Die echte Just" versuchen *)

*) **Die echte Nussbutter**-Margarine Marke **„Just"** ist seit ca. 15 Jahren von Hunderttausenden beorzugt!

Alleinverkauf bei:

Ernst Lüder's Nachf.

Nehme wieder Aufträge in

Schuh-Reparaturen

sowie

Maßanfertigungen

entgegen, und bitte um gütigen Zuspruch.

Alfred Metze.
Wasserstraße 320

Grosse

Neueingänge

moderner

Herren-Anzüge

Gestreifte Kamgarnhosen :-: Sportwesten
Sportgürtel :-: Hüte :-: Mützen :-: Klapphüte
Sportstrümpfe :-: Wickelgamasch. :-: Strickbinder
Kragen :-: Manschetten :-: Vorhemden in Leinen und Leinendauerwäsche
Damen-Jumper :-: Kimonos :-: Strickjacken
zu ausserordentlich billigen Preisen

WALTER BÜTHER

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-25378059419220603-13/fragment/page=4

Der Harz-Bote

„Der Harz-Bote" erscheint wöchentlich zweimal, Mittwoch und Sonnabend mittag. Druck und Verlag von B. Angerstein Nachf. (H. Paulus). Für die Redaktion verantwortlich H. Schlüter, Elbingeröde. — Fernruf Nr. 19.

Elbingeröder Zeitung

Abonnementspreis vierteljährl. Mark 12, durch die Post bezogen Mark 14,— ausschl. Bestellgeld. — Inserate kosten für die Stadt und das vormalige Amt Elbingeröde pro Zeile 40 Pfennig, nach auswärts Mark 1

Amtliches Blatt des Landratsamts Ilfeld für das vormalige Amt Elbingeröde und für die Stadt Elbingeröde

Nr. 44 — Sonnabend, den 3. Juni 1922 — 56. Jahrgang.

Amtliches

Bekanntmachung.

Betr. Stierkörung.

Die diesjährige Hauptkörung der Stiere findet für den hiesigen Kreis wie folgt statt:

1) am Montag, den 12. Juni d. Js.
in Niederschmorwerfen, Appenrode, Werna, Silphayn und Rothesütte
2) am Dienstag, den 13. Juni d. Js.
in Steigerthal, Urbach, Bösenrode und Leimbach.
3) am Mittwoch, den 14. Juni d. Jrs.
in Petersdorf, Rüdigsdorf, Crimderode, Harzungen, Neustadt Fleckeln und Gut, Osterode und Wiegersdorf und
4) am Donnerstag, den 15. Juni d. Js.
in Elbingeröde, Siend, Königshof und Rothesütte.

Die Gemeindebehörden werden ersucht, von Vorstehendem die in Betracht kommenden Züchter in Kenntnis zu setzen und dieselben anzuweisen, daß sie für eine ordnungsmäßige Vorführung der anzukörenden Tiere Sorge tragen.

Die Körungskommission wird in den einzelnen Gemeinden bei den Herren Bürgermeistern und Gemeindevorstehern vor Beginn des Körungsgeschäfts vorkommen.

Ilfeld, den 30. Mai 1922.

Der Landrat. Frhr. Quadt.

Bekanntmachung.

Nachtrag zu der Konzessionssteuerordnung für den Kreis Ilfeld vom 20. November 1906.

Auf Grund des Beschlusses des Kreistages vom 13. März 1922 wird gemäß § 6 des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes vom 23. April 1906 der folgende Nachtrag zu der obigen Ordnung erlassen:

Artikel 1.

1. Der § 2 der Ordnung vom 20. November 1906 bezw. der dazu erlassene Nachtrag vom 26 Mai 1920 erhält folgende Fassung:
Die Steuer beträgt, wenn die Erlaubnis zur Errichtung einer neuen Wirtschaft (einschließlich Kleinhandels) erteilt ist: a. 2,400 Mark, wenn der Gewerbetreibende wegen geringen Ertrages und Kapitals von der Gewerbesteuer frei ist b 4,80) Mark, wenn der Gewerbetreibende in der 4. Gewerbesteuer-Klasse c. 9,600 Mrk. wenn der Gewerbetreibende in der 3. Gewerbesteuer-Klasse d. 14 400 Mark, wenn der Gewerbetreibende in der 2. Gewerbesteuer-Klasse und e. 20 000 Mark, wenn der Gewerbetreibende in der 1. Gewerbesteuer-Klasse veranlagt ist.

2. Der § 3 der Ordnung erhält folgenden Zusatz: Die für die Uebernahme einer bestehenden Wirtschaft vorgesehene Ermäßigung der Steuer von 50% der unter 1 angeführten Steuersätze tritt bei folgenden Uebernahmen nicht ein, vielmehr wird eine Steuer erhoben a. bei Uebernahme innerhalb von 3 Jahren nach Erteilung der Erlaubnis an den Vorgänger bis zu 30%, b. bei Uebernahme innerhalb von 5 Jahren bis zu 40%, c. bei innerhalb von 8 Jahren bis zu 70% und d. bei Uebernahme innerhalb von 10 Jahren bis zu 60%. Bei einer Betriebsdauer von über 10 Jahren tritt die in § 3 vorgesehene Ermäßigung von 50% voll ein.

Artikel 2.

Diese Ordnung tritt mit dem Tage der Beschlußfassung in Kraft.

Ilfeld, den 13. März 1922.

Der Kreisausschuß des Kreises Ilfeld. gez. Frhr. Quadt.
Der Bezirksausschuß.
B. A. I. G. 166. Hildesheim, den 29. März 1922

Genehmigt.

(L. S.) **Der Bezirksausschuß zu Hildesheim.** gez. Müller.

Infolge genereller Ermächtigung des Herrn Finanzministers und des Herrn Ministers des Innern erteile ich zu dem Beschlusse des Bezirksausschusses vorstehend vom 29. März d. Js., durch welchen der von dem Kreistage des Kreises Ilfeld am 13. März d. Js. beschlossene Nachtrag zur Schankerlaubnissteuerordnung genehmigt worden ist, die gesetzliche erforderliche Zustimmung.

Hannover, den 2. Mai 1922.

gez. Krieger.

Landesfinanzamt Ein-
Steuerbeträgen werden
falle 25% überwiesen

usses.
Oberlehrer.

g.
klarheiten unter der

bgabe

" Nr. 43 vom 31.
s auf das Folgende

meindlichen Abgabe ist
je 5% des Nutzungs-
staatl. Abgabe im
zahlen 5 mal 50 Mk.
mt die gemeindliche
des Kreistages vom
Abgabe, also auf
nd also für das Jahr
ten, wenn die staatl.

ferner darauf hin,
egen die festgesetzte
ubringen sind. Auf-
der Magistrat hier.
ist der Gemeindebote

Elbingeröde, den 2. Juni 1922.

Der Magistrat: Stein.

Bekanntmachung.

Der hiesige **Standesamt** ist am 2. Feiertage vormittags von 11—12 Uhr geöffnet.

Elbingeröde, den 3. Juni 1922.

Der Standesbeamte: Selke.

Lokales

und aus dem Harzgebiet.

Elbingeröde, den 3. Juni 1922.

Die Gründung des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes.

Statt einer Pfingstbetrachtung sei berichtet über das wichtige Ereignis, von dem zu hoffen steht, daß ihm auch etwas von pfingstlicher Bedeutung inne wohnen möge. Am Himmelfahrtstage wurde der Deutsche Evangelische Kirchenbund begründet durch Unterzeichnung der Landesurkunde, durch die Bevollmächtigten sämtlicher Deutscher evang. Landeskirchen. Vorauf ging ein feierlicher Gottesdienst in der Schloßkirche. Durch die „Thesentür", bekannt durch Luthers Thesenanschlag, war man eingegangen. Der Präsident der bayerischen Kirche, D. Veit, hielt die Festpredigt, die, sich stützend auf Matth. 28, 8. 20: „Siehe, ich bin bei euch alle Tage bis an der Welt Ende", ein eindruckvolles Bekenntnis zum evangelischen Christentum war, das der tragende Grund für den Bund der evangelischen Kirchen sei. Keine künstliche Einheitskirche wolle man schaffen, aber in Jesu könne und wolle man sich finden in evangelischer Freiheit und Mannigfaltigkeit zu gemeinsamer Arbeit. Der Redner schloß: „In Jesu Namen wollen wir uns verbinden, arbeiten und streiten, lieben, dulden und hoffen, bis Er kommen wird, um alles in allem zu erfüllen".

Hierauf nahm der Vorsitzende des Kirchenausschusses, D. Möller, das Wort. Er erinnerte daran, daß in diesem Augenblick von Tausenden evangelischer Kirchen die Glocken erklingen, um die Deutsche evangelische Christenheit aufzurufen zu gemeinsamer Fürbitte für das Wittenberger Werk. Er forderte auf, den Beitritt zum Kirchenbund feierlichst zu beurkunden. An einem altertümlichen Tisch, der aus Luthers Wohnzimmer herübergeschafft war, wurde von den Kirchenvertretern das Protokoll unterzeichnet. Feierlich verkündete D. Möller: „Der Deutsche Evangelische Kirchenbund ist nunmehr rechtsgültig zum Abschluß gebracht." Seine Gründung hat stattgefunden an den Gräbern der Reformatoren. Darin liegt das Feldbuch, festhalten zu wollen an ihrem Erbe. Jede Kirche soll selbständig bleiben in Bekenntnis, Verfassung, Verwaltung, treu ihrer Sonderart. Aber es gibt ein gemeinsames Erbe der Reformatoren; und dieses mit vereinten Kräften zu wahren, das ist die Aufgabe des Bundes. Möge er sie erfüllen, unserm Deutschen Volke zum Segen! A.

Abermalige Elternbeiratswahl in Elbingeröde.

Die Wahl zum Elternbeirat der Volksschule glaubte die Elternschaft hinter sich zu haben. Daher war auch die von dem Rektor der hiesigen Volksschule auf Mittwoch abend einberufene Versammlung zur Vorbereitung der Neuwahl recht schlecht besucht. Der Tatbestand ist der: Wie bekannt, war die — von der Schulbehörde 1920 verfügte — Zulassung der Eltern der Privatschüler (die einen Teil des Unterrichts in der Volksschule haben) zur Wahl von — einer Seite beanstandet. Dies führte nach der Wahl zu einem Protest. Die Regierung hat — in auffälligem Gegensatz zu der Stellungnahme von 1920 und ohne Begründung ihrer Meinungsänderung — dem Protest stattgegeben und die Eltern der Privatschüler als nicht wahlberechtigt erklärt. Obwohl bei der Wahl vom 19. März **nur** 14 solcher Eltern mitwählten, das Wahlergebnis (Liste Ehrt übertraf Liste Hartmann um 29 Stimmen) also nicht geändert worden wäre, ist zugleich Neuwahl verfügt worden. Diese findet bereits am Sonntag, den 11. Juni statt. Da die Zahl der Elternbeiratsmitglieder, wie verlautet, infolge verminderter Schülerzahl nur noch 9 betragen wird, ist jede Stimme wichtig. Eine einzige Stimme kann den Ausschlag geben. Mag mancher auch über die abermalige Wahl ungehalten sein — sie ist nun einmal verfügt und wird vor sich gehen. Darum darf er sich die abermalige „Mühe" des Wählens nicht verdrießen lassen.

— **Sängerfest.** Zu dem während der Pfingsttage in Elbingeröde stattfindenden Sängerfest, veranstaltet vom hiesigen Arbeiter-Männer-Gesang-Verein, werden zahlreiche Vereine aus der näheren und weiteren Umgebung erwartet. Sogar ein Berliner Gesang-Verein hat sein Erscheinen zugesagt. Was gibt es wohl schöneres, als zu den Pfingstfeiertagen in unsern Harzbergen zu verweilen? Diesem Umstand hat der Berliner Gesang-Verein Rechnung getragen und beschlossen, neben einer von Harzburg auslaufenden Harz-Wanderung an dem Sängerfest in Elbingeröde teilzunehmen. Möge es den zahlreichen Gästen beschieden sein, im Harz einige Stunden innerster Erbauung zu finden. Darum: Herzlich willkommen!

— **Sportliches.** Gelegentlich einer Festlichkeit in Ilsenburg errang die Saalmannschaft der Ortsgruppe Elbingeröde des A. R. Vereins „Frisch Auf" den 3. Preis im Schulreigenfahren.

— **Ein Bergarbeiterstreik im Harz.** Im Ober- und Unterharz hat sich, wie der amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, ein Bergarbeiterstreik entwickelt. Seit Montag ruhen die fiskalischen Betriebe im Unterharz vollständig und auch im Oberharz arbeitete am Dienstag nur eine Bergrevisionsschicht. Ueber die Zahl der Streikenden werden stark übertriebene Meldungen verbreitet. Ein Blatt spricht von 15 000 Oberharzer Bergarbeitern im Kampf. Im ganzen Oberharz kommen jedoch überhaupt nur etwa 3000 Bergarbeiter in Betracht und auch im Unterharz nur etwa 2—3000. Die Gesamtsumme der Streikenden kann also höchstens um 5000 herum liegen. Eine Anzahl von Vertretern der streikenden Bergarbeiter begab sich vorgestern mit Abgeordneten zusammen nach Berlin und hat die Bitte ausgesprochen, vom preußischen Handelsminister persönlich empfangen zu werden. Obwohl eigentliche Verhandlungen bei einem Streik kaum in Frage kommen dürften, hat sich Minister Stering trotzdem bereit erklärt, die Abordnung zu empfangen und sich wenigstens über ihre Forderungen zu informieren.

— **Ein Wahlergebnis.** Unterm 29. Mai wird aus Berlin berichtet: Die Elternbeiratswahlen, die gestern an 580 Gemeindeschulen und den Mittelschulen Groß-Berlins stattfanden, sind bei einer Wahlbeteiligung von 60 Prozent (gegen 45 Proz. vor 2 Jahren) ohne Zwischenfälle verlaufen. Bis zur Stunde liegt etwa 1/3 der Ergebnisse vor, aber schon nach diesen Ergebnissen kann man einen durchschlagenden Sieg der christlich-unpolitischen Liste verbürgen. Die Anhänger der weltlichen Schule haben überall Sitze verloren. Nach den vorliegenden Meldungen erhielten die Christlichen 1431, die Weltlichen 572 Sitze.

— Der § 140 Abs. 5 des Entwurfs für eine neue Preußische Landgemeindeordnung sieht vor, daß in der Provinz Hannover durch Provinzialgesetz die Einführung der Landbürgermeistereiverfassung überhaupt ausgesetzt werden kann. Diese Sondervorschrift ist mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse der Provinz Hannover aufgenommen worden, auch in der Erwägung, daß bei der durchschnittlich geringen Größe der Hannover'schen Kreise ein Bedürfnis für die Zerlegung in Landbürgermeistereien dort nicht in demselben Maße vorhanden ist, wie in den übrigen Provinzen.

— **Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer 1922.** Es wird erneut darauf hingewiesen, daß nach § 42. Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer in Höhe von einem Viertel der zuletzt festgesetzten Steuerschuld ohne besondere Aufforderung bis zum 15. Februar, 15 Mai, 15. August und 15. November zu leisten sind. Bis zur Zustellung des Steuerbescheids für das Rechnungsjahr 1921 sind daher die Vorauszahlungen für das Kalenderjahr 1922 in der Höhe zu leisten, die auf dem Steuerbescheide für das Rechnungsjahr 1920 angegeben ist, Beiträge des Einkommen nur aus Gehalt oder Lohn und übersteigt es den Betrag von 50 000 Mk. nicht, so gilt die Einkommensteuer als getilgt, wenn der Steuerabzug von dem Arbeitgeber vorschriftsmäßig einbehalten ist, und für den einbehaltenen Betrag Steuermarken verwendet sind oder die einbehaltene Summe an die Finanzkasse abgeführt worden ist. Übersteigt das gesamte steuerbare Einkommen eines Lohn- oder Gehaltsempfängers den Betrag von 50 000 Mk., so haben die allgemeinen Vorschriften mit der Maßgabe Anwendung, daß der Steuerschuldner auf die Steuerschuld eines Kalenderjahres nur den Betrag in das an die Hebestelle zu entrichten hat, um den diese Steuerschuld den auf den Arbeitslohn einbehaltenen und vorschriftsmäßig verwendeten Betrag übersteigt. Die Veranlagung für das Rumpfrechnungsjahr 1921 (1. April bis 31. Dezember 1921) erfolgt noch nach dem alten Veranlagungstarif. Der Veranlagung wird das Einkommen des Kalenderjahres 1921 vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1921 zu Grunde gelegt und nicht, wie von vielen Steuerpflichtigen angenommen wird, das Einkommen vom 1. April bis 31. März. Die Berechnung der Steuer und die Anrechnung der Abzüge ist Sache des Finanzamts und nicht des Steuerpflichtigen. Lohn- und Gehaltsempfänger haben das Arbeitsamtbuch des Kalenderjahres 1921 ohne Abzug des Steuerbetrages anzugeben, da die Einkommensteuer vom Einkommen nicht vorweg abgesetzt werden darf. Infolge der Geldentwertung und dadurch bedingter höherer Einkommenbezüge wird die für 1921 zu entrichtende Steuer erheblich höher sein als die für 1920. Es liegt daher im Interesse der Steuerpflichtigen, die ihre Steuerschuld in der zu entrichten haben, wenn sie die Vorauszahlungen zu den gesetzlichen vorgeschriebenen Zeiten abführen und nicht auf den Steuerbescheid warten. Wer die Vorauszahlungen nicht rechtzeitig entrichtet, kann später, wenn die Steuerschuld so hoch angewachsen ist, daß ihm die Zahlung schwer fällt, nicht darauf rechnen, daß ihm Zahlungserleichterungen zugebilligt werden können.

Ilfeld. Einen für die Gemeindevorsteher wichtigen Beschluß faßte der Kreisausschuß in seiner letzten Sitzung. Bekanntlich haben nach der bonnoverschen Landgemeindeordnung die Gemeindebeamten (Gemeindevorsteher und Bürgermeister) ihre Kammer als Ehrenämter zu betrachten. Nach § 35 der Landgemeinde-Ordnung von 1853, die noch heute in Geltung ist, können sie für nötige Wege außerhalb des Gemeindebezirkes eine angemessene Vergütung beanspruchen. Statt derselben kann eine mäßige Besoldung durch Gemeindebeschluß stattfinden. Der Kreisausschuß hat keinen Einspruch als Aufsichtsbehörde dagegen erhoben, daß in die Haushaltspläne der Gemeinden für das Rechnungsjahr 1922 unter den jetzigen Verhältnissen (Geldentwertung, Teuerungszuschläge usw. und vermehrte Arbeit) eine Vergütung von **10 Mark pro Einwohner** ausgeworfen wird. Derjenigen Gemeinden, die für ihre Gemeindevorsteher diesen Satz noch nicht bewilligt haben, sollen darum ersucht werden. Mit Ausnahme der rd. 2 500 Einwohner zählenden Stadt Elbingeröde sind **hauptamtlich** angestellte Gemeindevorsteher und Bürgermeister im Kreise Ilfeld nicht tätig.

Kirchliche Nachrichten

Elbingeröde Pastor prim. Abert.

1. Pfingsttag: 1/2 10 Uhr Gottesdienst. 11 Uhr Kinderkirche.
2. Pfingsttag: 1/2 10 Uhr Gottesdienst, 11 Uhr Christenlehre für Konf. u. Borkonf.

Hüttenorte Pastor Groschupf.

Pfingstsonntag. Rothehütte 10 Uhr Gottesdienst. Darauf Kinderlehre. Pfingstmontag. Königshof 9 3/4 Uhr Beichte 10 Uhr Gottesdienst mit heilg. Abendmahl.

Moderne
Herren-Anzüge
Burschen-Anzüge
Sportform mit Umschlaghosen, Manchester Sporthosen
in allen Grössen
Sportstrümpfe, Wickelgamaschen,
Hüte, Mützen, Hosenträger, Strickbinder, Dauerwäsche
— in grosser Auswahl —
Adolf Zander.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-25378059419220603-13/fragment/page=5